

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Dr. A. W. ...

Das Auer Tageblatt erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen.

Anzeigenpreise: Die Nebenzeilen des Blattes über dem Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwanenbühl ...

Nr. 186.

Sonntag, den 13. August 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Der oberste Rat ist übertragelommen, die oberste schlesische Frage auf Grund der Artikel 11 und 12 des Völkerbundsstatuts dem Völkerbund zur schiedsgerichtlichen Erledigung zu übermitteln.

Frankenbische Waidmüller erscheinen fortgesetzt in den Druckschriften der Kreise Kofyl und Großschwarzitz und nehmen Massenverfassungen von Deutschen vor. Die polnisch orientierte Bevölkerung ergeht sich in Drohungen gegen die Deutschen, die vielfach flüchten.

Englische Kapitalisten haben in der letzten Zeit sehr viele Ruxe und Aktien der größten Bergwerksunternehmungen des Kreises Rhodnifer erworben.

Präsident Harding hat die Friedensresolution mit Deutschland unterzeichnet, aber es scheint noch keine Aussicht dafür zu bestehen, daß sie bekanntgegeben wird. Es sind bisher noch keine Vereinbarungen über den Austausch zwischen Berlin und Washington getroffen worden.

Die Brotpreiserhöhung und ihre Folgen.

Die Erregung über die bevorstehende Brotpreiserhöhung ist allgemein. Sie beschränkt sich nicht auf die Arbeiterschaft, sondern erstreckt sich in nicht geringem Grade auch auf die übrigen Verbraucher, die auf festes Einkommen an Lohn oder Gehalt angewiesen sind und durch jede Steigerung der Lebensmittelpreise vor die Notwendigkeit einer neuen Lohnberechnung gestellt werden, also auch Beamte, Angestellte usw., ganz abgesehen von den bescheidenen Kleinrentnern, den Erwerbslosen, Arbeitslosen und Unionsrentnern. Zugleich mit den äußeren Angelegenheiten einer immer stärker anschwellenden Erregung gelangen Vorschläge zur Abhilfe an die maßgebenden Stellen. Bedauerlicherweise scheitern diese Vorschläge zumeist an der Unmöglichkeit der wirtschaftlichen Tatsachen. Wenn z. B. gefordert wird, daß eine künstliche Preisfrenkung dadurch herbeigeführt werde, daß Reichszuschüsse in der bisherigen Höhe von 10 Milliarden Mark weitergewährt werden sollen, so wird dabei übersehen, daß infolge der ungeheuren Summen, die das Reich für Reparationszwecke aufbringen muß, eine Verbilligung des Brotes, wie sie bisher erfolgte, unmöglich ist. Eine Verteuerung des Brotes wäre auch dann eingetreten, wenn an die Stelle der bisherigen Bewirtschaftung des Brotgetreides nicht das Umlageverfahren getreten wäre. Um diese Verteuerung wenigstens nach oben zu begrenzen, haben Reichstag und Kabinett einem Beschlusse zugestimmt, wonach der künstliche Brotpreis bis zur nächsten Ernte den bisherigen um nicht mehr als höchstens 40 Prozent übersteigen darf. Der Preis für ein Markenbrot im Gewicht von 1900 Gramm darf mithin im Höchstfalle 7 Mark betragen. Bei der nach wie vor notwendigen Einfuhr erheblicher Getreidemengen und dem schlechten Stand der deutschen Währung würde der Brotpreis weit höher getrieben werden, wenn nicht die Reichsregierung von Beginn des neuen Wirtschaftsjahres bis zum 31. März 1922 einen Verbilligungsfonds von 3-4 Milliarden bereitgestellt hätte. Wenn trotz dieser großen Zuschusssumme, die bei der gegenwärtigen außerordentlichen Anspannung der Reichskassen im Interesse der Volksgesamtheit, also auch der Verbraucherschaft nicht überhört werden darf, eine künstliche Preisfrenkung für etwa 500 Mark mehr als bisher für ihren jährlichen Brotpedarf wird ausgeben müssen, so ist ein gewisser Ausgleich dadurch geschaffen, daß in Zukunft bei der Herstellung auch des rationierten Brotes jede Streckung durch minderwertige Erntemittel in Form von Form und Geschmack und Nährwert des Brotes dadurch wesentlich gesteigert werden.

Mit Rücksicht auf die minderbemittelten Bevölkerungsschichten ist Vorsorge getroffen, daß die kommunalen Verbände aus den Abgaben des Mehles keinen Gewinn erzielen. Eine Verbilligung von Brotgetreide ist verboten, und ebenso ist die Verarbeitung von Getreide und Hafer zu Branntwein nur mit Genehmigung des Reichsernährungsministeriums gestattet. Schließlich ist der bisher nach mancher Richtung gehend gewesene Handelsverkehr mit Brotgetreide, Gerste und Hafer innerhalb des Reichsgebietes erleichtert worden. Alle diese von der Regierung getroffenen Maßnahmen zielen darauf ab, einer Verringerung des Vorrates und einer allzu starken Preissteigerung nach Möglichkeit vorzubeugen. Wie sich die Preise für das ab 15. August im freien Handel erhältliche Brot gestalten werden, läßt sich zurzeit noch nicht genau übersehen. Es werden nach dieser Richtung vielfach Risiken genannt, die ungewissenshaftig zu hoch gegriffen sind. Die Preisregulierung für die dem freien Handel zugänglichen Getreidemengen wird sich naturgemäß nach dem Grundprinzip des freien Handels, nach Angebot und Nachfrage, richten. Für die Uebergangszeit wird ein

gewisses preisregulierendes Ventil dadurch geschaffen werden, daß in Zukunft, wie bisher, monatlich bestimmte Mengen an Roggenmehl an die Verbraucher abgegeben werden, die auf die Preisgestaltung des im freien Handel erhältlichen Mehles Einfluß ausüben werden. Was getan werden kann, um einen Ausgleich der durch die Brotpreiserhöhung verursachten Verteuerung der Lebenshaltung, insbesondere der arbeitenden Bevölkerung, zu erreichen, wird gesehen. Die Zentralarbeitsgemeinschaft der gewerblichen und industriellen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands, in der beide Gruppen gleichmäßig vertreten sind, wirkt gegenwärtig mit Nachdruck darauf hin, daß der Ausgleich durch entsprechende Lohnerhöhungen angestrebt werden müsse. In einer Sitzung der Zentralarbeitsgemeinschaft, die am 1. April d. J. stattfand, wurde der Beschluß ge-

faßt die ihr angeschlossenen Reichsarbeitsgemeinschaften aufzufordern, bei den Arbeitgebern darauf hinzuwirken, daß im Falle einer Brotpreiserhöhung angemessene Lohnerhöhungen eintreten. Nachdem die Erhöhung des Brotpreises beschlossen worden ist, wurden in einer neuen Sitzung am 7. Juli die Reichsarbeitsgemeinschaften erneut auf den Beschluß vom 1. April hinawiesen. Es schweben zurzeit im Bereiche der einzelnen Arbeitsgemeinschaften Verhandlungen über eine allgemeine Erhöhung der Löhne und Gehälter, die mit Nachdruck betrieben werden und ein baldiges Ergebnis versprechen. Es steht zu erwarten, daß die beschleunigte Durchführung dieser Aktion dazu beitragen wird, beruhigend auf die durch die Brotpreiserhöhung besonders betroffenen Bevölkerungsfreie zu wirken.

Die oberschlesische Frage an den Völkerbund verwiesen!

Der Oberste Rat hat in seiner gestrigen Vormittagsitzung folgende Entscheidung angenommen: Der Oberste Rat hat beschlossen, bevor er über die Grenzfestsetzung zwischen Deutschland und Polen auf Grund des Artikels 20 des Friedensvertrages entscheidet, die Schwierigkeiten, die bei der Festsetzung dieser Grenze entstanden sind, dem Völkerbundsrate zu überweisen. Der Oberste Rat wünscht ein Gutachten über die Grenzlinien zu hören, deren Bestimmung den alliierten und assoziierten Großmächten obliegt. In Anbetracht der Lage in Oberschlesien wird der Völkerbundsrate gebeten, dieses Verlangen als dringend zu betrachten.

Tr. Alle Ausschüßverhandlungen und alle Frühlingsladungen haben also nicht verhindern können, daß die Entscheidung über die oberschlesische Frage schließlich zu einem Punkt gelangte, an dem eine Einigung nicht möglich war. Man hat deshalb den allerletzten Ausweg beschritten und die Angelegenheit auf Grund der Art. 11 und 12 des Völkerbundsstatuts dem Völkerbund überwiesen. In diesen Artikeln wird vorgesehen, daß eine etwa zwischen den Bundesmitgliedern entstehende Streitfrage, die zu einem Bruch führen könnte, entweder der Schiedsgerichtsbarkeit oder der Prüfung durch den Rat zu unterbreiten ist. Der Rat hat den Spruch der Schiedsrichter binnen angemessener Frist zu erlassen und einen Bericht des Rates binnen sechs Monaten nach dem Tage zu erstatten, an dem er mit der Streitfrage befaßt worden ist. Wenn es wirklich nach dem Wortlaut dieser Bestimmungen gehen soll, würde die Entscheidung über Oberschlesien auf lange Zeit vertagt sein. Da dies jedoch dem dringenden Wunsch Englands und Italiens nach sofortiger Entscheidung schmerzhaft widerstreben würde, so muß man erst noch genauere Nachrichten darüber abwarten, unter welchen Voraussetzungen die Pariser Konferenz die oberschlesische Streitfrage an den Völkerbund überwiesen hat. Auf jeden Fall bedeutet dieser Ausweg einen Bruch zwischen englischer und französischer Diplomatie, den man zwar nicht von vornherein für unmöglich, aber doch immer für höchst unwahrscheinlich gehalten hat. Es stellte sich eben in den Pariser Verhandlungen immer deutlicher heraus, daß die Franzosen nicht nachgeben wollten, weil sie wegen ihrer geheimen Abmachungen mit den Polen nicht nachgeben konnten. Am Vorabend des Bruches soll Briand denn auch den Inhalt der militärischen, finanziellen und industriellen Abmachungen Frankreichs und Polens Lloyd George zur Kenntnis gebracht haben. Dadurch wurde aber natürlich nur Del ins Feuer gegossen denn der englische Ministerpräsident erhielt dadurch nur die Bestätigung der alten Vermutung, daß Frankreich in der oberschlesischen Frage den Verbündeten gegenüber nur Komödie gespielt und sich lästlich verpflichtet hatte, die Lösung nach seinen eigenen Vorschlägen und den polnischen Wünschen durchzusetzen. Da diese Vorschläge und Wünsche in schroffem Gegensatz zu der Politik der übrigen Bundesgenossen, insbesondere der Engländer, stehen, war eine Verständigung unmöglich. Lloyd George entschloß sich also kurzerhand, nach England zurückzufahren und benutzte neue Nachrichten über englisch-polnische Verhandlungsnotwendigkeiten zum Vorwand seiner Abreise. Die Welt soll dadurch über den offenen Bruch hinwegtäuscht werden. Daß er trotzdem aber zur Tatsache geworden ist, kann auch dann nicht bezweifelt werden, wenn vielleicht noch die Verhandlungen unter den in Paris zurückgebliebenen weitergeführt werden. Für Deutschland ist dieser Ausweg nicht nur überaus schmerzhaft, sondern auch in hohem Maße gefährlich. Wenn Polen jetzt ungeduldig seinen angeblichen und wohl vorbereiteten vierten Einfall ins Werk setzt, können unabsehbare Folgen eintreten. Der Reichsminister hat bereits mit dem Präsidenten des Reichstages und mit dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion Müller-Branken die neue Gesamtsituation eingehend besprochen. Die nächsten Tage werden die deutsche Politik sowohl nach außen wie nach innen vor neue sehr schwierige Aufgaben stellen.

Der Bruch der Entente.

Was der Montag voranging. Dieses Scheitern: Obwohl Lloyd George, Lord Curzon und die führenden Sachverständigen, die zusammengekommen sind, wenn es noch

möglich ist, die oberschlesische Frage zu lösen, in Paris zurückbleiben, konnte seine Abreise nicht verschleiert, wie ein Bruch der alliierten Verhandlungen, ja vielleicht als Bruch der Entente gedeutet zu werden. Das Blatt sagt, das vorgedruckte Mittagessen in Rambouillet sei fast verlaufen. Bei einem Spaziergang habe Lloyd George sein Bedauern über die Lage ausgesprochen. Dieser sagte: Ich bin zu einem Abkommen bereit, aber Briand weigert sich. Darauf sagte Briand: Ich gehe in dem Wunsch nach einem Abkommen so weit, wie es mir die öffentliche Meinung meines Landes und die Sorge um die Sicherheit gestatten. Bei der Rückkehr von Rambouillet nach Jerusalem unter dem Eindruck, daß der französisch-englische Konflikt unvermeidlich sei. Ein Mitglied der französischen Delegation erklärte einem Redakteur des Tages, es würde seinen Hoffnungen entsprechen, im Falle des Scheiterns vorzeitig, nach dem Ministerrat, werde sich Briand nach dem Hotel Crillon begeben, um das letzte Wort von Lloyd George zu hören. Von dieser Zusammenkunft werde die letzte Hoffnung auf eine Einigung abhängen. Aber man müsse gestehen, daß sie sehr schwach sei. Die Agence Havas meldet dazu noch: Nach dem Freitag vormittag abgehaltenen Ministerrat traten Briand und Loucheur Lloyd George einen Besuch ab. Als sie den englischen Premierminister verließen, erklärten sie, die oberschlesische Frage sei auf guten Wegen, sie sei zur schiedsgerichtlichen Erledigung an den Völkerbund verwiesen.

Eine Szene im Hotelzimmer.

Nach dem Bericht des Daily Express soll es bei der Unterredung zwischen Lloyd George und Briand am Donnerstag im Hotel Crillon zu einem sehr lauten Wortwechsel gekommen sein. Man hörte im Korridor deutlich Lloyd Georges Worte: Dann ist es besser, ich nehme den nächsten Zug und fahre nach London zurück. Nach anderen Berichten soll sogar ein Lintenzug auf den Boden gestoßen sein.

Der Brief an Lloyd George — eine Hintz.

Der Pariser Berichterstatter des Daily Herald erfährt von maßgebender Seite, daß der Brief Debareras nichts enthalten habe, was die mögliche Abreise Lloyd Georges von Paris rechtfertige. Es bestehe kein Grund zu der Annahme, daß die irischen Verhandlungen in Gefahr seien, abgebrochen zu werden.

Auf englischen Wunsch.

Die Agence Havas meldet, daß die Verweisung der oberschlesischen Frage an den Völkerbund auf britischen Wunsch erfolgt ist, der von Japan und Italien unterstützt wurde.

Die Abreise.

Lloyd George hat den Duval d'Orsay gestern um 11 1/2 Uhr verlassen und ist vom Hauptbahnhof um 12 Uhr abgereist.

Der letzte Vorschlag Lloyd Georges.

Lloyd George überreichte Donnerstag Briand den Entwurf einer Grenzlinie in Oberschlesien, der auch die Zustimmung der Italiener gefunden hatte. Nach Erörterungen, die der diplomatische Berichterstatter von Havas hatte eingesehen können, dürfte diese Grenzführung Deutschland das ganze Industriedreieck zwischen dem Rhein und dem Main abdecken lassen und außerdem einen kleinen Einschüß nach Osten von Kattowitz, wodurch der Polen Kronland, Deutsch-Schlesien, Deutsch-Ober- und West-Ober mit den Gruben und Rinnfabriken zutallen würden. Diese Grenzführung im Industriegebiet Oberschlesiens entspräche durchaus der ursprünglichen Linie Percival-de Martini, die den Polen die Bezirke Biala und Rhodniz gewies, die allerdings recht ausgebeutet

From B. B. in C.

Winters' potentiell-illiberal-Scrit.

L. 3. D.

der Jägerin entgegen.